



Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren

BK5-17/017

der

Deutschen Post AG, vertreten durch den Vorstand,
Charles-de-Gaulle-Str. 20, 53113 Bonn

- Betroffene -

wegen

Herausnahme der Zusatzleistung „Eil International“ aus der Price-Cap-Regulierung 2016 - 2018

hat die Beschlusskammer 5 der Bundesnetzagentur in der Besetzung:

Vorsitzende Ute Dreger
Beisitzer Jens Meyerding
Beisitzer Martin Balzer

am 14.12.2017 beschlossen:

- (1) Die Zusatzleistung „Eil International“ wird mit Wirkung zum 01.01.2018 aus der Price-Cap-Regulierung (Beschluss über die Zusammenfassung von Dienstleistungen und Vorgabe von Maßgrößen für die Price-Cap-Regulierung von Briefsendungen bis 1000 Gramm vom 23.11.2015, BK5-15/012) herausgenommen.
- (2) Die mit Beschluss BK5-15/042 vom 04.12.2015 erteilte Entgeltgenehmigung wird für das Produkt „Eil International“ ab 01.01.2018 aufgehoben.

Gründe:

I.

Die Betroffene ist Anbieterin von Briefbeförderungsleistungen. Das Angebot umfasst sowohl Inlandsdienstleistungen als auch grenzüberschreitende Leistungen. Zu der Beförderung von Briefen können diverse Zusatzleistungen zugekauft werden, wie z. B. Einschreiben, Einschreiben Einwurf, Eigenhändig, Rückschein, Wert National / International, Nachnahme National / International, Eil International.

Bei der Zusatzleistung „Eil International“ werden Sendungen im Zielland bevorzugt behandelt und auf dem schnellsten Weg zugestellt. Innerhalb Europas beträgt die Regellaufzeit zwei Werktage. Für einige Zielländer umfasst die Leistung zudem die Sendungsverfolgung.

Sowohl die Briefdienstleistungen bis 1000 Gramm als auch die zuvor benannten Zusatzleistungen unterliegen der Entgeltgenehmigungspflicht durch die Bundesnetzagentur und wurden zuletzt mit Beschluss vom 04.12.2015 (Az. BK5-15/042) im Rahmen des Price-Cap-Verfahrens für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2018 genehmigt, vgl. Amtsblatt Nr. 01/2016, Vfg-Nr. 1/2016 (Seite 3 ff.). Das genehmigte Entgelt für die Leistung „Eil International“ beträgt 4,50 € (netto). Es wird zusätzlich zum Beförderungsentgelt für das Basisprodukt erhoben.

Mit Schreiben vom 07.09.2017 hat die Betroffene der Kammer mitgeteilt, dass sie die Leistung „Eil International“ ab dem 01.01.2018 nicht mehr anbieten könne. Sie begründet diese Maßnahme mit einem Beschluss des Weltpostkongresses vom September 2016 in Istanbul, wonach der Service „express items“, unter den das Produkt „Eil International“ falle, ab 2018 nicht mehr Bestandteil des Weltpostvertrags sein wird.

Da eine Erbringung in den Zielländern aufgrund des Beschlusses des Weltpostkongresses ab 2018 nicht mehr gewährleistet sei, könne die Betroffene die Leistung nicht mehr aufrechterhalten. Die Zusatzleistung „Eil International“ sei daher aus dem Price-Cap-Verfahren herauszunehmen, da die Leistung de facto nicht mehr angeboten werden kann. Die Maßgrößenvorgaben würden auch nach Einstellung des Produktes eingehalten, sodass kompensierende Maßnahmen (Entgeltänderungen bei den noch im Price-Cap-Verfahren verbleibenden Leistungen, um die Preisänderungsvorgabe einzuhalten) nicht erforderlich seien.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

II.

Die Zusatzleistung „Eil International“ wird aus der Price-Cap-Regulierung herausgenommen. Die entsprechende Entgeltgenehmigung hat sich damit erledigt.

Die Entscheidung findet ihre Rechtsgrundlage in §§ 21 Abs. 1 Nr. 2 PostG i. V. m. § 4 Abs. 5 PEntgV, 44 Satz 2 PostG, §§ 74 ff TKG 1996 sowie in der Entscheidung BK5-15/012 vom 23.11.2015 über die Zusammenfassung von Dienstleistungen und Vorgabe von Maßgrößen für die Price-Cap-Regulierung für Briefsendungen bis 1000 Gramm ab 01.01.2016.

1. Zuständigkeit und Verfahren

Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus §§ 46 Abs. 1, 19, 21 Abs. 1 Nr. 2 PostG i. V. m. § 4 Abs. 5 PEntgV.

Die Entscheidung zur Herausnahme der Dienstleistung „Eil International“ erfolgt auf Grundlage der Festlegungen und Maßgrößen für das bis zum 31.12.2018 laufende Price-Cap-Verfahren BK5-15/012. Die Leistung soll aufgrund Einstellung der Leistungserbringung aus der Price-Cap-Regulierung herausgenommen werden. Die Herausnahme aus der Price-Cap-Regulierung führt zu einer teilweisen Aufhebung der Price-Cap-Entscheidung vom 04.12.2015 (Beschluss BK5-15/042).

Mit Beschluss vom 23.11.2015 hat die Beschlusskammer die Zusammenfassung von Dienstleistungen und Vorgabe von Maßgrößen für die Price-Cap-Regulierung für Briefsendungen bis 1000 Gramm für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2018 festgelegt (Az. BK5-15/012). Nach § 4 Abs. 5 PEntgV hatte die Beschlusskammer dabei u. a. zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Dienstleistungen aus einem Korb herausgenommen werden können. Die Voraussetzungen unter denen eine Herausnahme erfolgen kann, sind unter dem Tenor zu 3. des Beschlusses vom 23.11.2015 und der entsprechenden Begründung niedergelegt. Die Zuständigkeit der Kammer für die Entscheidung über die Herausnahme eines Produkts aus dem Price-Cap folgt der im Postgesetz festgelegten Zuständigkeit für die Entscheidung in der Hauptsache.

Gründe für eine Herausnahme können der Wegfall der Genehmigungspflicht aufgrund eines Wegfalls der marktbeherrschenden Stellung des regulierten Unternehmens, die **Einstellung der Dienstleistungserbringung** (d. h. das Produkt wird – wie vorliegend – vom Markt genommen) sowie Änderungen entgeltrelevanter Geschäftsbedingungen im Sinne von § 27 PostG sein, s. Punkt 2.

Vor einer Herausnahme ist zudem zu prüfen, ob die festgelegten **Price-Cap-Bestimmungen, insbesondere die Preisänderungsvorgabe, weiterhin eingehalten** werden. Ist dies der Fall, sind **keine weiteren Entgeltmaßnahmen erforderlich**. Werden die Bestimmungen hingegen nicht mehr erfüllt, müssen zeitgleich mit der Herausnahme der Leistungen kompensierende Entgeltänderungen bei den noch im Price-Cap-Verfahren verbleibenden Leistungen durchgeführt werden, Beschluss BK5-15/012 vom 23.11.2015, Seite 15 f., s. Punkt 3.

Aufgrund der Herausnahme der Dienstleistung aus der Price-Cap-Regulierung ist die auf der Maßgrößenentscheidung beruhende Entgeltgenehmigung insoweit anzupassen, als hinsichtlich der Dienstleistung „Eil International“ eine Teilaufhebung erfolgen muss, s. Punkt 4.

2. Prüfung der Maßnahme

Die Herausnahme der Zusatzleistung „Eil International“ aus der Price-Cap-Regulierung ist zulässig nach Tenor zu 3 des Beschlusses BK5-15/012 vom 23.11.2015. Das Produkt „Eil International“ wird vom Markt genommen. Kompensatorische Maßnahmen zur Einhaltung der Price-Cap-Vorgaben sind nicht erforderlich.

Die Dienstleistung „Eil International“ wird vom Markt genommen, da die Betroffene das Leistungsversprechen ab dem 01.01.2018 gegenüber ihren Kunden nicht mehr gewährleisten kann. Die Betroffene ist – anders als bei rein nationalen Beförderungsvorgängen – bei grenzüberschreitenden Beförderungsleistungen stets auch von der Leistungserbringung der

Zustellorganisationen im Bestimmungsland der Sendungen abhängig. Mit der Herausnahme der Servicevariante „Express“ aus dem Leistungskatalog des Weltpostvertrags (vgl. Draft of the recast Universal Postal Convention, Section IV, Basic and supplementary services, Art. 17.2.3; Convention-Proposal 20.17.1; Report of Committee 4, Convention, 26.09.2016) ist ein weltpostvertraglicher Anspruch auf Leistungserbringung für den Service nicht mehr gegeben. Die Betroffene hat mit Umsetzung des Weltpostkongress-Beschlusses somit keinen Einfluss mehr darauf, dass die Dienstleistung grenzüberschreitend erbracht werden kann.

3. Einhaltung der Preisänderungsvorgaben

Die Kammer hat die Auswirkungen einer Herausnahme der Leistung „Eil International“ aus dem Price-Cap-Dienstleistungskorb und die Einhaltung der mit Beschluss BK5-15/012 festgelegten Price-Cap-Bestimmungen überprüft. Die Bestimmungen werden eingehalten.

Die Überprüfung zeigt, dass die **Price-Cap-Bestimmungen auch nach Herausnahme der Leistung eingehalten** werden. Kompensierende Entgeltmaßnahmen sind nicht erforderlich. Mit der Herausnahme der Leistung „Eil International“ aus dem Price-Cap-Warenkorb verändert sich die für alle Produkte geltende Preisänderungsvorgabe für den Price-Cap-Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2018 von bislang [REDACTED] % auf [REDACTED] %. Als maximal zulässige Preisänderungsvorgabe wurde mit Beschluss BK5-15/012 ein Wert in Höhe von 7,5 % - basierend auf einem Referenzindex I in Höhe von 1,7 % und einer Produktivitätsfortschrittsrate in Höhe von -5,8 % - ermittelt und festgelegt, Beschluss BK5-15/012 vom 23.11.2015, Tenor zu 5 und 6. Durch die Herausnahme der Leistung „Eil International“ wird die zulässige Preisänderungsvorgabe somit nicht überschritten. Die entgeltregulatorischen Voraussetzungen für eine kompensationslose Herausnahme aus dem Price-Cap-Beschluss BK5-15/042 sind damit erfüllt.

4. Anpassung der Entgeltgenehmigung im Price-Cap-Verfahren, BK5-15/042

Die Entgeltgenehmigung von Leistungen, die der Price-Cap-Regulierung unterliegen, entfällt, wenn diese vom Markt genommen werden (vgl. BK5-15/012 vom 23.11.2015, Tenor zu 5 sowie Seite 16).

Mit der Entscheidung über die Herausnahme der Dienstleistung „Eil International“ aus der Price-Cap-Regulierung wird die bisherige Genehmigung des Entgelts für diese Leistung im Rahmen der Price-Cap-Verfahrens BK5-15/042 (Beschluss vom 04.12.2015) klarstellend mit Wirkung zum 01.01.2018 aufgehoben.

R e c h t s b e h e l f s b e l e h r u n g

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage bei dem Verwaltungsgericht in 50667 Köln, Appellhofplatz, erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angegeben. Die angefochtene Entscheidung soll in Abschrift beigelegt werden. Die Klage kann schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und Finanzgerichten im Land Nordrhein-Westfalen (Elektronische Rechtsverkehrsverordnung Verwaltungs- und Finanzgerichte - ERVVO VG/FG vom 7. November 2012, GV. NRW. S. 548) erhoben werden. Der Klage sollen Abschriften derselben für die übrigen Beteiligten beigelegt werden. Dies gilt nicht, wenn die Klage in elektronischer Form erhoben wird.

Eine Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

Bonn, den 14.12.2017

Dreger

Vorsitzende

Meyerding

Beisitzer

Balzer

Beisitzer